



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Deutschlandticket: Vorverkauf startet heute – Jobticket bietet größte Ersparnis

Berlin, 03.04.2023

Michael Schrodi, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 2.417
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Wahlkreisbüro :

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142-501 05 89
Fax: +49 8142-501 39 62
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion

Mitglied im Finanzausschuss

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss
für Umwelt, Naturschutz, nukleare
Sicherheit und Verbraucherschutz

Der Vorverkauf für das Deutschlandticket startet am heutigen Montag. Das Ticket hat am Freitag im Bundesrat die letzte Hürde genommen. Michael Schrodi, der Bundestagsabgeordnete für Fürstentfeldbruck und Dachau und finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, erklärt: „Heute die 49 Euro für den kommenden Mai auszugeben, ist gut investiertes Geld. Ab dem 1. Mai ist das Deutschlandticket bundesweit rund um die Uhr im öffentlichen Nahverkehr gültig. Dann kann zum Beispiel der in der Münchner Innenstadt tätige Arbeitnehmer aus Mammendorf oder Petershausen viel Geld sparen, denn das neue Deutschlandticket ist immer noch günstiger als das bisherige Monatsticket.“

Schrodi hebt hervor, dass das angebotene Jobticket die größte Ersparnis biete. „Ich freue mich, dass bundesweit schon so viele Unternehmen klimafreundliche Mobilität für ihre Fachkräfte finanziell unterstützen. Beteiligen sich die Unternehmen am Deutschlandticket, kostet es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer höchstens 34,30 Euro“, so der Bundestagsabgeordnete für Fürstentfeldbruck und Dachau.

Nach einer Initiative der Ampel-Koalition hatte sich Bundeskanzler Olaf Scholz mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten im vergangenen Dezember auf eine Finanzierung des Deutschlandtickets geeinigt. Insgesamt planen Bund und Länder dafür 3 Milliarden Euro jährlich ein. Das Ticket wird vorrangig digital, gleichzeitig aber auch barrierefrei zu erhalten sein. Bundestag und Bundesrat hatten letzte Details in den vergangenen Wochen geklärt.